

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 8
Juli 1992

Starker Rückgang der Umweltbesorgnis in Ostdeutschland

Eine ZUMA
Publikation

Subjektive Indikatoren des Umweltbewußtseins

Seit nunmehr zwei Jahrzehnten hat sich in den alten Bundesländern das Thema des Umweltschutzes in der öffentlichen Diskussion etabliert. Auf der Grundlage persönlicher Problemwahrnehmung und intensiver Medienberichterstattung entwickelte sich in diesem Zeitraum ein immer umfangreicheres Wissen wie auch Bewußtsein um die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Menschen selbst. Die Erkenntnis, daß die externen Effekte der umfassenden Modernisierungs- und Industrialisierungsprozesse langfristig das erreichte Wohlstandsniveau gefährden, blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Besorgnis um die Umweltsituation, deren Entwicklung im vorliegenden Beitrag nachgezeichnet werden soll. Äußerungen der Besorgnis und der Klage über die Umweltsituation stellen Indikatoren des Umweltbewußtseins dar, welche im Unterschied zum Umweltwissen oder umweltbezogenem Verhalten stärker die affektive Dimension der Bewertung des Umweltzustandes betonen. Gleichzeitig sind die zugrundeliegenden Ängste und Unsicherheiten auch wesentliche Beeinträchtigungen der individuellen Wohlfahrt. Diese subjektiven Komponenten der Lebensqualität treten häufig gegenüber den objektiven und tangiblen Umweltbedingungen in den Hintergrund. Aktualität gewinnt eine retrospektive Betrachtung der Besorgnisentwicklung gerade vor dem Hintergrund der erkennbaren globalen ökologischen Bedrohung und der daraus langfristig zu erwartenden Konsequenzen für die individuelle Lebensführung. Aber auch unter einer gesamtdeutschen Perspektive ist die Besorgnisstruktur und -entwicklung in einer durch große regionale Disparitäten zwischen West und Ost gekennzeichneten Situation von großem Interesse.

Inhalt

Starker Rückgang der Umweltbesorgnis in Ostdeutschland	1
Sektorale Differenzierung der Erwerbchancen durch den wirtschaftlichen Umbau	6
Datenreport 1992	10
Steigendes Scheidungsrisiko in Ost und West	11
Die zweite französische Revolution	15
Sozialer Umbruch in Ostdeutschland	16

Im folgenden soll zuerst die Besorgnisentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nachgezeichnet werden, was - trotz der gerade im Umweltbereich häufig fehlenden Vergleichbarkeit der Fragestellungen - auf der empirischen Grundlage der Repräsentativbefragungen des Sozio-ökonomischen Panels möglich ist. Im Anschluß daran wird auf der Basis einzelner Studien der Eurobarometer der Europäischen Gemeinschaften sowie der Wohlfahrtssurveys 1988 (West) und 1990 (Ost) die Besorgnis und Betroffenheit in ausgewählten Umweltbereichen analysiert.

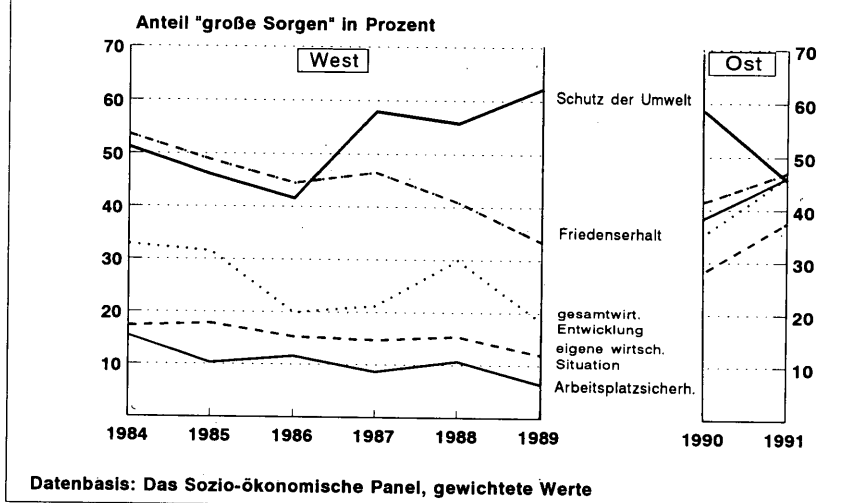
Tschernobyl als Wendepunkt in der Besorgnisentwicklung

Die Daten des Sozio-ökonomischen Panels erlauben es, die Umweltsorgen bis ins Jahr

1984 zurückzuverfolgen. Diese Sorgen wurden im Kontext anderer Faktoren der Besorgnis wie der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der individuellen wirtschaftlichen Situation, der Erhaltung des Friedens und - bei erwerbstätigen Befragten - der Arbeitsplatzsicherheit erfragt. Die Frageformulierung lautete hierbei „Wie ist es mit den folgenden Gebieten? Machen Sie sich da Sorgen?“. Bei den folgenden Auswertungen wurde aus den Antwortalternativen „keine Sorgen“, „einige Sorgen“ und „große Sorgen“ überwiegend die letztere Kategorie berücksichtigt.

Wie aus Graphik 1 ersichtlich empfanden 1984 mit einem Anteil von 51 Prozent mehr als die Hälfte der Befragten große Sorge über den Schutz der Umwelt, wobei sich dieser Wert allerdings bis 1986 auf ein

Graphik 1
Sorgen um den Umweltschutz im Kontext anderer Sorgen



bisheriges Minimum von 42 Prozent reduzierte. Im gleichen Zeitraum stieg der Bevölkerungsanteil ohne Umweltsorgen insbesondere unter dem Eindruck erster Teilerfolge bei der Bekämpfung einzelner Umweltprobleme von 8 Prozent auf 12 Prozent an.

Während die Bundesrepublik Deutschland in den frühen 80er Jahren von Umweltkatastrophen verschont blieb und auch die spektakulären Unfälle von Seveso (1976) und Three-Mile-Island (1979) im Bewußtsein der Öffentlichkeit verblaßt waren, trat im Frühjahr 1986 ein grundlegender Wandel ein. Bemerkenswert klar erkennbar ist der Wendepunkt in der Besorgnisentwicklung zwischen den beiden Befragungszeitpunkten von 1986 und 1987 als Folge des Reaktorunfalls in Tschernobyl vom 26. April 1986. In diesem Jahr wurde die Feldphase der dritten Welle des Sozio-ökonomischen Panels unmittelbar vor dem Bekanntwerden der Katastrophe abgeschlossen. In den Werten des folgenden Jahres zeigt sich ein Anstieg des Besorgnisniveaus um 17 Prozentpunkte gegenüber 1986 auf einen Bevölkerungsanteil von 58 Prozent mit großen Sorgen. Gleichzeitig halbierte sich der Anteil der Befragten ohne Sorgen auf 5 Prozent.

Damit bestätigen sich Befunde zur Risikowahrnehmung, nach denen gerade seltene Ereignisse mit Unfallcharakter und einer hohen Zahl von Betroffenen in ihrem Gefahrenpotential sehr hoch eingeschätzt wer-

den. Offensichtlich sind gerade spektakuläre Vorfälle und nur in geringerem Umfang schleichende Entwicklungen geeignet, die öffentliche und politische Aufmerksamkeit auf die Umweltproblematik zu fokussieren. Auch nach den Ereignissen von Tschernobyl blieb 1988 (56 Prozent) und 1989 (64 Prozent) ein hohes Niveau und eine hohe Stabilität an Umweltsorgen bestehen. Offensichtlich wurde die Besorgnis über die Folgen der radioaktiven Belastung durch andere, ebenso bedrohlich wahrgenommene Umweltprobleme ersetzt.

Neben den objektiven Umweltbedingungen selbst und deren „Transformation“ in die subjektive Wahrnehmung ist zu vermuten, daß auch nicht-umweltbezogene Einflüsse Auswirkungen auf die Umweltbesorgnis haben. Im Kontext mit anderen potentiellen Gründen der Besorgnis fällt in Westdeutschland die erstaunliche Übereinstimmung in Niveau und Verlauf der Besorgnisentwicklung in den Bereichen Umweltschutz und Erhalt des Friedens von 1984 bis zum Zeitpunkt des Tschernobyl-Vorfalles auf. Dies stützt die These, daß sich das Bewußtsein der Bedrohung des Ökosystems auch verstärkt im Gefolge der Friedensbewegung entwickeln konnte. Eine „Entkoppelung“ tritt erst ab 1987 mit den zunehmend erkennbaren konkreten Erfolgen des Ost-West-Entspannungsprozesses ein.

Dagegen ergibt sich aus den Daten zumindest für die alten Bundesländer kein Hin-

weis auf eine Verbindung ökologischer und wirtschaftsbezogener Sorgen. Bedenken zur eigenen wirtschaftlichen Situation und zur Arbeitsplatzsicherheit nehmen zumindest in Westdeutschland einen vergleichsweise geringen Stellenwert ein, während die gesamtwirtschaftliche Entwicklung häufiger Grund zur Besorgnis ist. Hier wie auch im Umweltbereich ist zwischen den Jahren 1984 und 1986 ein Rückgang des Umfangs der Besorgnis zu verzeichnen. Im Jahr 1988 dagegen gingen zunehmende Sorgen um die gesamtwirtschaftliche Situation mit abnehmenden Sorgen um den Schutz der Umwelt einher.

Starke Abnahme der Umweltbesorgnis in den neuen Bundesländern seit 1990

Während in Ostdeutschland im Jahr 1990 mit einem Bevölkerungsanteil von 59 Prozent ein ähnlich hohes Niveau der Besorgnis wie in Westdeutschland im Jahr 1989 erreicht wurde, zeigte sich schon 1991 ein drastischer Rückgang um 13 Prozentpunkte auf einen Anteilswert von 46 Prozent. Ohne Zweifel stellt dies eine Folge des Strukturwandels und der damit einhergehenden spürbaren Entlastung der Umwelt durch den Abbau hochgradig umweltbelastender Industriezweige dar. Ungelöst bleiben jedoch weniger sichtbare, aber ebenfalls gravierende Umweltprobleme wie etwa die Altlastenfrage. Ein deutlich geringeres Besorgnisniveau läßt damit auf eine höhere Bedeutung der direkt wahrnehmbaren Belastung für die Beurteilung der Umweltproblematik bei der ostdeutschen Bevölkerung schließen.

Eine weitere Ursache liegt ohne Zweifel in den wirtschaftlichen und sozialen Belastungen, zu denen der Umbruch im Osten geführt hat. Zunehmende Beunruhigung um die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Unsicherheit des Arbeitsplatzes sind ohne Zweifel geeignet, abstraktere Bedenken bezüglich der Umweltsituation in den Hintergrund zu drängen. Die in Graphik 1 aufgezeigte Entwicklung der Sorgen in den genannten ökonomischen Bereichen spricht hierbei eine deutliche Sprache. Im Jahr 1991 äußerten - bezogen auf die gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - mit einem Anteil von 46 Prozent mehr als doppelt so viele Befragte wie in den alten Bundesländern 1989 große Sorgen; die Umweltsituation scheint damit in Ostdeutschland ihre herausragende Stellung als Grund zur Beunruhigung zu verlieren.

Hinzu kommt die Tatsache, daß bisher gerade in den neuen Bundesländern die Reduktion der Umweltbelastungen unmittelbar mit Arbeitsplatzverlusten und dem Abbau der Wirtschaftskraft verbunden war, also zumindest kurzfristig durchaus von einem Gegensatz von Ökonomie und Ökologie gesprochen werden kann.

Differenziertere Besorgnisstruktur in Westdeutschland

Faßt man die bisherigen Befunde zusammen, so ist die Entwicklung der Umweltbesorgnis in Ostdeutschland durch relativ kurzfristige Prozesse erklärbar. In den alten Bundesländern zeigen sich dagegen gerade am Beispiel Tschernobyl einige Merkmale der „modernen“ Umweltproblematik. Schlüssel für das Verständnis ist hier die geringe oder nicht gegebene direkte Perzipierbarkeit und die daraus resultierende Abstraktheit der Umweltbelastungen und -gefahren. Aufgrund eines dem Menschen fehlenden Sensoriums sowie aufgrund langer Zeiträume werden viele der heute verstärkt diskutierten Probleme der direkten menschlichen Erfahrung unzugänglich. Persönliche Betroffenheit und damit Besorgnis kann jedoch nur dann entstehen, wenn die Folgen von Umweltbelastungen mit deren Ursachen in Zusammenhang gebracht werden können, d.h. wenn in ausreichendem Maße Umweltwissen vorhanden ist. Der Umfang und die Verteilung des Wissens wird dabei von der Dauer und der Intensität der gesellschaftlichen Thematisierung und Diskussion bestimmt. Zumindest im Westen der Bundesrepublik kann inzwischen von einem vergleichsweise hohen Wissensstand ausgegangen werden.

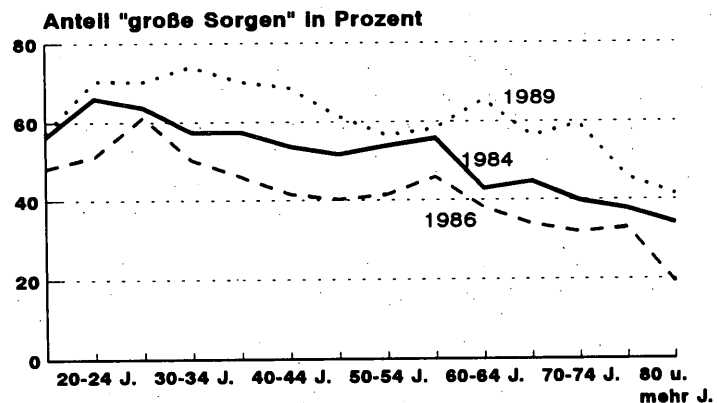
Vordiesem Hintergrund überrascht es nicht, daß im Westen der Bundesrepublik gerade die jüngeren Altersgruppen eine höhere Umweltbesorgnis äußern. In der in Graphik 2 dargestellten Altersverteilung der Besorgnis kommt ebenfalls zum Ausdruck, daß dagegen in Ostdeutschland das Ausmaß der Umweltbesorgnis fast unabhängig vom Alter ist. Allerdings tritt auch in den alten Bundesländern nicht durchgängig eine höhere Besorgnis der jüngeren Generation auf. Hohe Besorgniswerte weist mit 74 Prozent (1989) insbesondere die Gruppe der 30-34-jährigen Befragten auf, die schon im Jahr 1984 als 25-29-jährige mit damals 64 Prozent große Sorgen äußerten. In Ost und West gleichermaßen zu erkennen ist auch die große Besorgnis der heute 60-64-jährigen Befragten, die gerade in Ost-

deutschland einen der höchsten Werte aufweisen und die in starkem Maße durch Entbehrungen in den Kriegsjahren geprägt wurden. Befragte mit einem Alter von mehr als 65 Jahren zeigen sich dagegen weniger besorgt, was aufgrund einer relativen Zunahme altersbedingter individueller Probleme wie beispielsweise des Gesundheitszustandes erklärt werden kann.

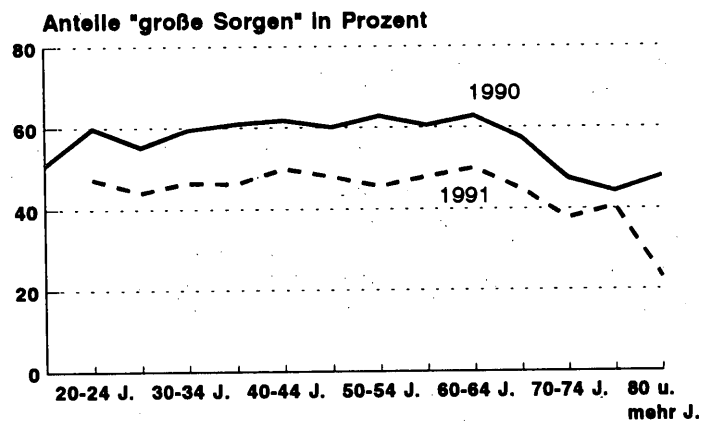
Trotz des erkennbaren Einflusses von Sozialisationserfahrungen weist das sehr unterschiedliche Niveau der Besorgnis zu den einzelnen Zeitpunkten darauf hin, daß mit dem Alter nur das „Grundniveau“ der Umweltbesorgnis variiert, während das „Endniveau“ in stärkerem Maße durch andere Faktoren wie etwa die aktuelle öffentliche Diskussion beeinflusst wird.

**Graphik 2
Altersprofile der Umweltbesorgnis**

Westdeutschland



Ostdeutschland



Datenbasis: Das sozio-ökonomische Panel, gewichtete Werte

Individuelle Betroffenheit durch die Umweltsituation

Neben sozialen Faktoren beeinflusst auch die individuelle Situation das Ausmaß der Klagen und Sorgen über konkrete Umweltprobleme. Angaben hierzu lassen sich aus den Daten einzelner Eurobarometer-Befragungen und den Wohlfahrtssurveys von 1988 (West) und 1990 (Ost) entnehmen. Die Surveys enthalten jeweils einen Fragenkomplex zur Klage über lokale Umweltprobleme sowie zur Besorgnis über die nationale Umweltsituation. Aus einer Mehrzahl von teilweise variierenden lokalen, nationalen und bei den Eurobarometern auch globalen Umweltaspekten wurden fünf lokale und drei nationale Bereiche nach Kriterien ihrer Vergleichbarkeit ausgewählt. Das Ausmaß der Problemwahrnehmung gibt Tabelle 1 wider.

Zusammenfassend läßt sich die Entwicklung der Klagen und Betroffenheiten anhand der ausgewiesenen Gesamtindexwerte

te nachvollziehen, die durch eine einfache Durchschnittsbildung aus den berücksichtigten Items errechnet wurden. Der Index umfaßt den Wertebereich von 0 (keine Klage und Besorgnis) bis 3 (stärkste Klage und Besorgnis). Während der Gesamtindex in den alten Bundesländern zwischen 1982 und 1988 nur in geringem Umfang um den Wert 1,4 schwankt, zeigt sich im Osten Deutschlands mit einem Wert von 1,73 eine deutlich höhere Betroffenheit. Dazu trägt mit einem Indexwert von 2,53 sowohl die höhere lokale wie nationale Besorgnis bzw. Betroffenheit bei. Mit einem Indexwert von 1,23 erreichen gerade die Klagen über die Situation vor Ort den eineinhalbfachen Wert der wahrgenommenen Betroffenheit im Westen. Eine Gemeinsamkeit bleibt allerdings insoweit bestehen, als in beiden Hälften Deutschlands die nationale Umweltsituation deutlich bedrohlicher wahrgenommen wird als dies aufgrund der unmittelbaren persönliche Betroffenheit zu erwarten wäre.

In der zeitlichen Entwicklung zeigt sich im Westen im Verlauf der 80er Jahre eine tendenzielle Zunahme der Besorgnis auf nationaler Ebene. Die Ergebnisse der Eurobarometerbefragungen dokumentieren ebenso wie die Daten des Sozio-ökonomischen Panels einen Anstieg der Umweltbesorgnis sowohl auf lokaler wie auch nationaler Ebene nach 1986. Besonders auffällig sind die großen Differenzen der Indexwerte zur Klage über lokale Umwelt- und Problembereiche zwischen dem Eurobarometer 1988 und dem Wohlfahrtssurvey 1988. Die gegenüber dem Eurobarometer veränderte Frageformulierung enthält bei den Wohlfahrtssurveys die Präzisierung „... ich meine ... die unmittelbare Umgebung der Wohnung“. Damit wird die Aufmerksamkeit der Befragten auf das direkte Wohnumfeld gelenkt und Belastungsursachen innerhalb eines erweiterten „Erfahrungsumfelds“ werden bewußt ausgeblendet.

Als wichtigster Belastungsfaktor wird im Westen im unmittelbaren Wohnumfeld die Lärmbelastung genannt, bei der 28 Prozent der Befragten Grund zur Klage sehen, gefolgt von der Luftverschmutzung mit 24 Prozent. Unverhältnismäßig viel höher als im Westen fallen im Osten mit einem Anteil von 58 Prozent die Klagen über die Luftverschmutzung im unmittelbaren Wohnumfeld aus, gefolgt von der Landschaftszerstörung mit 39 Prozent und der Trinkwasserqualität mit 35 Prozent. Die Werte des Eurobarometer 1988 zeigen, daß dagegen im weiteren „Erfahrungsumfeld“ die Klagen über Luftverschmutzung mit 36 Prozent vor die eher im unmittelbaren Wohnumfeld störende Lärmbelastung in den Vordergrund treten. In den 80er Jahren hat sich die relative Bedeutung der einzelnen Belastungsfaktoren nicht verändert.

Ortsgröße bestimmend für die wahrgenommene Belastungssituation

Wie die Ergebnisse multivariater Analysen zeigen, sind es gerade Umwelteinflüsse aus dem weiteren Wohnumfeld, die in wesentlichem Umfang die Klage über die Umweltsituation bestimmen. Dabei erweist sich die Ortsgröße als wichtigster Erklärungsfaktor.

Wie aus Tabelle 2 hervorgeht hat fast die Hälfte der Bewohner größerer Städte Grund zur Klage über Luftbelastungen, während sich dieser Anteil in Gemeinden unter 100.000 Einwohnern mit 19 bzw. 17 Pro-

Tabelle 1: Klage und Besorgnis über die Umweltsituation

	Anteile der Ausprägungen "ziemlich stark" und "stark" in Prozent			Wohlfahrtssurvey	
	Eurobarometer			1988 West	1990 Ost
	1982	1986	1988		
"Denken Sie einmal an den Ort, wo Sie jetzt leben. Haben sie bei den folgenden Dingen, die ich Ihnen gleich vorlese, Grund zur Klage?"					
Lärm	34	26	34	28	35
Luftverschmutzung	35	28	36	24	58
Zugang zu Grünflächen und freier Natur	17	14	18	8	17
Landschaftszerstörung	22	31	29	18	39
Trinkwasserqualität	25	22	26	14	35
Index Klage	0,93	0,87	0,96	0,75	1,23
"Und nun zur Bundesrepublik Deutschland/DDR insgesamt. Ich würde gerne wissen, wie besorgt oder beunruhigt Sie über einige Probleme sind, die ich Ihnen gleich nenne."					
Verschmutzung von Flüssen und Seen	85	85	89	91	96
Schäden an Meeresleben und Stränden	84	82	86	92	91
Luftverschmutzung	80	82	86	84	93
Index Besorgnis	2,20	2,17	2,31	2,33	2,53
Gesamtindex	1,44	1,35	1,47	1,34	1,73
Datenbasis:	Eurobarometer 18/1982; 25/1986; 29/1988 Wohlfahrtssurveys 1988 (West); 1990 (Ost) gewichtete Werte				

Tabelle 2: Ausmaß der Klagen über die lokale Umweltsituation

	Index- mittelwert "Klage"	Anteile der Ausprägungen "ziemlich stark" und "stark" in Prozent				
		Lärm	Luftver- schmutzung	Zugang zu Grünflächen	Landschafts- zerstörung	Trinkwasser- qualität
Ortsgröße						
bis 20 000 Einwohner	0,59	23	17	5	16	19
20 - 100 000 Einwohner	0,69	17	19	14	22	10
über 100 000 Einwohner	1,18	42	48	24	35	32
Alter bei Schulabschluß						
unter 16 Jahren	0,86	34	32	13	24	25
16 bis 19 Jahre	0,86	28	31	16	23	22
20 Jahre und älter	1,36	49	57	36	50	35
noch Schüler/Student	1,18	33	47	15	41	30
Einkommensposition						
unteres Quartil	0,94	34	34	11	24	22
zweites Quartil	1,09	35	42	34	33	33
drittes Quartil	0,87	34	40	12	29	23
oberstes Quartil	0,91	31	30	19	25	26

Datenbasis: Eurobarometer 1988, gewichtete Werte

zent auf rund ein Fünftel der Wohnbevölkerung reduziert. Auch bei anderen berücksichtigten Umweltproblemen liegt die wahrgenommene Belastung der Bewohner von Verdichtungsräumen deutlich über der anderer Regionen. Diese Tatsache ist insoweit bedenklich, als Mitte 1987 in der Bundesrepublik ein Drittel der Bevölkerung in Privathaushalten in Gemeinden über 100.000 Einwohnern lebte.

Ein weniger ortsbezogener als vielmehr sozialer Aspekt der Ungleichverteilung von Lebensbedingungen zeigt sich im Zusammenhang zwischen Einkommen und der Klage über die lokale Betroffenheit durch die Umweltbelastungen. Gerade die gravierendsten Probleme wie Lärm und Luftverschmutzung betreffen vor allem die Befragtengruppen mit geringem Einkommen, während Befragte im oberen Bereich des Einkommenspektrums den geringsten Grund zur Klage über die örtliche Umweltsituation haben. Die Befunde bestätigen die Vermutung, daß Haushalte mit hohem Einkommen eher die Möglichkeit haben, sich Umweltbelastungen durch geeignete Wohnortwahl zu entziehen. Gerade beim Belastungsfaktor Lärm ist zu erkennen, daß dies den unteren Einkommensgruppen nicht in gleichem Umfang möglich ist.

Nur in geringem Maße durch die objektive Belastungssituation erklärbar ist dagegen

das hohe Niveau der geäußerten Klage und Besorgnis bei Personen mit einer längeren Bildungsphase. Zu vermuten ist, daß insbesondere ein insgesamt höheres Bildungsniveau über ein umfangreicheres Umweltwissen zu einer generell höheren Sensibilität und einem stärker entwickelten Problembewußtsein gegenüber Umweltbelastungen führt. In der Folge werden auch Belastungen im unmittelbaren Umfeld als stärkere Beeinträchtigung empfunden. Dieser Bildungseffekt tritt auch unter Kontrolle anderer, mit der Bildungsdauer kovariierender Variablen wie beispielsweise dem Lebensalter auf.

Das Ausmaß der Umweltbesorgnis in West und Ost zeigt, daß die Umweltqualität für große Teile der Bevölkerung einen unverzichtbaren Bestandteil der Lebensqualität darstellt. Während in den alten Bundesländern mit der großen Umweltbesorgnis auch gute Voraussetzungen für ein höheres Maß an umweltschonendem Verhalten gegeben sind, ist für Ostdeutschland erst nach Abbau der größten wirtschaftlichen Probleme und einer weitergehenden Angleichung der Lebensbedingungen mit einem ähnlichen Stellenwert der Umwelt im Bewußtsein der Bevölkerung wie im Westen zu rechnen.

Friedrich Schuster
(Tel.: 0621/18004-25)

Sektion "Sozialindikatoren" auf dem Deutschen Soziologentag

Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie veranstaltet vom 28. September bis 2. Oktober 1992 in Düsseldorf den 26. Deutschen Soziologentag mit dem Generalthema "Lebensverhältnisse und Soziale Konflikte im neuen Europa". Die Sektion "Sozialindikatoren" in der DGS führt hier zwei Sitzungen zu den Themen "Sozialberichterstattung in Europa" sowie "Wohlstand und Wohlfahrt im europäischen Vergleich" durch, die am Generalthema des Soziologentages ausgerichtet sind. Geleitet werden die beiden Sektionssitzungen von Wolfgang Glatzer.

Interessenten wenden sich an:

Prof. Dr. Wolfgang Glatzer
Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
Robert-Mayer-Straße 5, 6000 Frankfurt a.M., Tel.: 069/798-3584

Sektorale Differenzierung der Erwerbchancen durch den wirtschaftlichen Umbau

Veränderungen im Erwerbssystem der neuen Bundesländer nach der Vereinigung

Der Umbau des Wirtschaftssystems in den neuen Bundesländern ist mit tiefgreifenden Veränderungen für die Bevölkerung verbunden. Bei einem Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen von 9,8 Millionen 1989 auf 7,9 Millionen Ende 1991 (nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit) konnte trotz massivem Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 17% (März 1992) nicht vermieden werden. Die angestrebte Anpassung der veralteten Wirtschaftsstruktur an die Erfordernisse einer international konkurrenzfähigen Marktwirtschaft stellt sich als äußerst schwierig dar. Hindernis einer solchen Entwicklung ist neben der investitionshemmenden Eigentumsregelung und der mangelhaften Infrastruktur vor allem die von der DDR-Regierung durch die Zusammenfassung von Betrieben in Kombinat geförderte Konzentration der Wirtschaftsbereiche. Das daraus resultierende Maß der Abhängigkeiten ganzer Regionen von einer einzigen Wirtschaftsbranche verknüpft das Schicksal der Bevölkerung auf längere Zeit untrennbar mit den Sanierungserfolgen oder -mißerfolgen in diesen Bereichen.

Die Erwerbchancen der ostdeutschen Bevölkerung entwickeln sich dabei heterogen. Neben der Benachteiligung von bestimmten Randgruppen auf dem Arbeitsmarkt (Behinderte, Langzeitarbeitslose, alleinerziehende Frauen usw.) haben branchenspezifische Unterschiede einen wesentlich stärkeren Einfluß auf die Beschäftigungssituation als im Westen Deutschlands. Die Erwerbstätigen in Wirtschaftsbereichen mit schlechteren Anpassungschancen sind nicht nur einem höheren Arbeitsplatzrisiko ausgesetzt, sondern bei einer Differenzierung der Arbeitseinkommen auch gegenüber anderen Erwerbstätigen benachteiligt. Durch die neu entstehende Struktur privatwirtschaftlicher Betriebe, die zumeist unter westlicher Leitung stehen, ergibt sich in den einzelnen Branchen eine höchst unterschiedliche Bewertung der vergleichsweise einheitlichen beruflichen Grundbildung der Erwerbstätigen und ihrer am Arbeitsplatz erlangten Qualifikationen.

Gegenwärtig kann zum Umbruch des Erwerbssystems nur eine Zwischenbilanz vorgelegt werden, da selbst nach optimistischen Schätzungen mit einer Übergangsphase von mindestens 5 bis 10 Jahren zu rechnen ist. Die im folgenden vorzustellenden Befunde beschränken sich dabei auf die Folgen des wirtschaftsstrukturellen Wandels für die individuellen Erwerbchancen innerhalb des ersten Jahres nach der Verei-

nigung. Hierfür wurden die Daten der ersten beiden Wellen des Sozio-ökonomischen Panels (Juni 1990 und Frühjahr 1991) herangezogen und sowohl im Längsschnitt wie im Querschnitt ausgewertet. Das Sozio-ökonomische Panel bietet sich für solche Analysen an, da zum Erhebungsprogramm nicht nur detaillierte Fragen zur objektiven Arbeitssituation, sondern auch

Fragen zu subjektiven Bewertungen der Befragten gehören.

Stark auf die Produktion ausgerichtete Berufsstruktur der Männer in der ehemaligen DDR

Der auffälligste Unterschied der Erwerbsstruktur beider deutscher Staaten bestand in dem wesentlich höheren Anteil Beschäftigter im primären und sekundären Sektor in der ehemaligen DDR. Bedingt durch die hohe Erwerbsbeteiligung der Frauen, die im Gegensatz zur „alten“ Bundesrepublik nahezu im selben Umfang wie die Männer ins Erwerbsleben eingebunden und dabei überwiegend in Dienstleistungsberufen tätig waren, ergab sich eine Konzentration der männlichen Erwerbstätigen in Produktionsberufen (vgl. Graphik 1). Dadurch läßt sich im Unterschied zur stärker differenzierten und tertiarierten Erwerbs- und Berufsstruktur im alten Bundesgebiet die ehemalige DDR in erster Linie als eine Facharbeitergesellschaft beschreiben.

Tertiarisierung durch den unterschiedlichen Rückgang der Erwerbstätigenzahl in den Sektoren

Der radikale Umbau des Wirtschaftssystems führt nun zu einer Tertiarisierung der Wirtschaftsstruktur in den neuen Bundesländern. Im ersten Jahr des Transformationsprozesses sind dabei die sektoralen Verschiebungen stärker durch die unterschied-

Graphik 1
Berufshauptgruppen 1990 nach Geschlecht

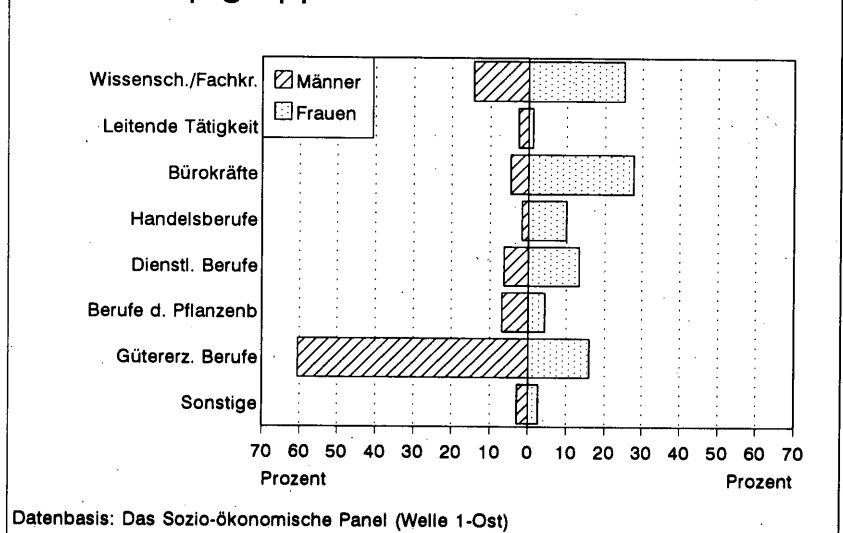


Tabelle 1: Erwerbsstatus 1991 nach Branchenzugehörigkeit 1990

Branche 1990	Landwirt.	Energie Bergbau	Verarb. Gewerbe	Baugew.	Handel	Verkehr	Persönl. Dienstl.	Öffentl. Dienstl.	Insgesamt
Ohne Arbeitsplatzwechsel									
Erwerbstätig	39,8	58,5	38,9	51,3	53,1	71,4	62,0	66,2	51,6
in Kurzarbeit	18,3	18,8	25,9	10,6	12,0	7,2	10,6	3,1	15,2
Mit Arbeitsplatzwechsel									
gleiche Branche	0,2	—	2,6	8,1	3,8	1,3	0,4	6,7	3,4
Branchenwechsel	7,7	4,7	4,4	2,6	2,9	0,8	2,3	1,8	3,6
West-Wechsel	4,8	2,4	4,8	6,0	3,7	3,3	0,7	3,1	4,0
Nichterwerbstätige									
Arbeitslos	13,9	2,8	5,7	8,3	9,7	2,1	6,9	6,3	7,0
Arbeitsuchend	1,7	3,7	2,8	0,4	2,1	1,5	1,3	2,3	2,2
Vorruhestand	5,7	4,2	4,7	3,1	3,1	7,7	3,5	2,7	4,3
Ausgeschieden	3,5	1,1	3,2	2,2	5,1	2,6	4,1	5,2	3,7
Sonstige	3,2	4,0	6,3	4,9	3,7	1,1	5,2	2,3	4,1
Insgesamt (%)	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Hochgerechnet (in 1000)	1094	382	2896	607	746	733	302	1938	8697
Index für 1991 (1990 = 100)	54	70	74	103	108	78	142	92	83

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (Längsschnitt-Ost)

liche Geschwindigkeit des Rückgangs der Beschäftigtenzahlen als durch die Entstehung neuer, zukunftsträchtiger Unternehmen (wie vor allem im Bereich Banken und Versicherungen geschehen) geprägt worden. Mitte 1991 waren besonders die Beschäftigten in der Landwirtschaft von Ar-

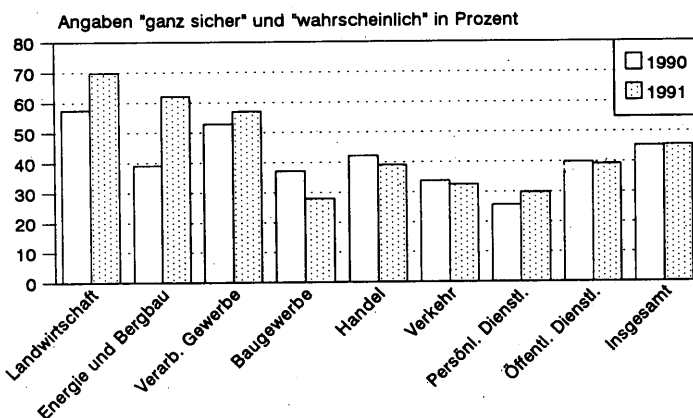
beitsplatzverlusten betroffen, die hier zu- meist in Arbeitslosigkeit (14%) oder über einen Arbeitsplatzwechsel in einen anderen Wirtschaftsbereich (8%) mündeten (vgl. Tabelle 1). Auch das verarbeitende Gewerbe kennzeichnete ein hohes Maß an Arbeitsplatzunsicherheit, wobei durch Kurz-

arbeitsregelungen ein Viertel der Erwerbs- tätigen zunächst in Beschäftigung gehalten werden konnte. Vergleichsweise günstiger stellte sich die Entwicklung in den Infra- strukturbereichen (Energie und Bergbau, Baugewerbe, Verkehr) dar: hier lag der Anteil der weiterhin am selben Arbeitsplatz Beschäftigten deutlich höher. Von den Dienstleistungsbereichen traf der wirtschaft- liche Umbruch vor allem den Handel, der speziell unter den veränderten Bedingun- gen im Warenverkehr nach Osteuropa zu leiden hatte. Hier hat sich allerdings, wie im Baugewerbe und vor allem bei den persö- nlichen Diensten, die Zahl der Beschäftigten gegenüber 1990 insgesamt leicht erhöht. Im Öffentlichen Dienst blieb die Beschäf- tigtenzahl durch die „Warteschleifen“-Re- gelung noch vergleichsweise stabil.

Anstieg der subjektiven Arbeitsplatzun- sicherheit im primären und sekundären Sektor

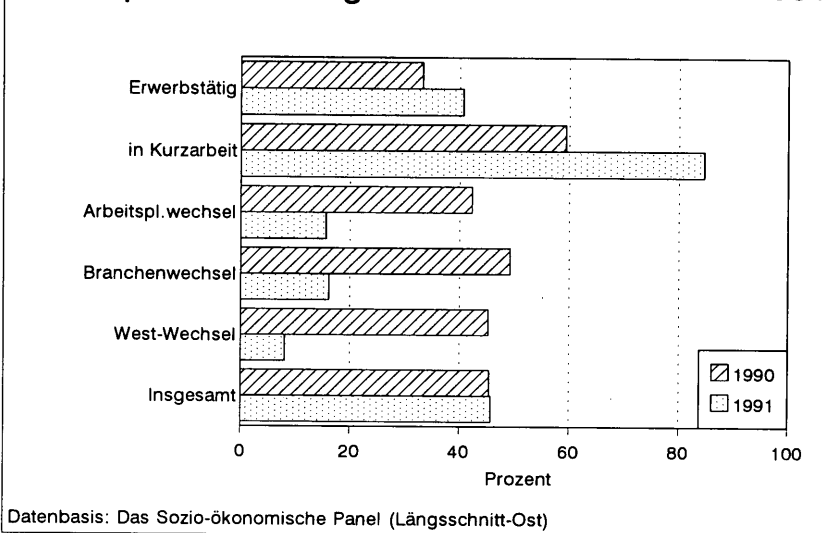
Die branchenspezifischen Unterschiede zeigen sich auch in den subjektiven Erwartun- gen eines Arbeitsplatzverlustes (vgl. Graphik 2). Im Jahr 1991 befürchtete der überwiegende Teil der Beschäftigten in der Landwirtschaft und im verarbeitenden Ge-

**Graphik 2
Arbeitsplatzverlusterwartungen in Branchen 1990/1991**



Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (Welle 1 und 2-Ost)

Graphik 3
Arbeitsplatzerwartungen nach Erwerbsstatus 1991



werbe den Verlust ihres Arbeitsplatzes, wobei gegenüber 1990 ein weiterer Anstieg der bereits damals hohen subjektiven Arbeitsplatzunsicherheit festzustellen ist. Deutlich gestiegen sind die Erwartungen eines Arbeitsplatzverlustes im Bereich Energie und Bergbau. Hierzu ist zu bemerken, daß aus Devisenspargründen der Braunkohlebergbau in der DDR gefördert wurde und dieser Bereich nun durch die allmähliche Anbindung der neuen Bundesländer an den westeuropäischen Energieverbund unter Konkurrenzdruck gerät. Positivere Einschätzungen der Arbeitsplatzsicherheit im Vergleich zum Vorjahr sind im Handel und im Baugewerbe festzustellen.

Arbeitsplatzwechsel führt zu höherer subjektiver Arbeitsplatzsicherheit

In erster Linie haben allerdings Erwerbstätige, die innerhalb des letzten Jahres den Arbeitsplatz wechselten, ihre Arbeitsplatzsicherheit steigern können (vgl. Graphik 3). Dies gilt besonders für diejenigen, die eine Tätigkeit in den alten Bundesländern fanden. Es handelt sich hierbei zumeist um jüngere, männliche Erwerbstätige aus dem Baugewerbe, aber auch aus der Landwirtschaft und dem verarbeitenden Gewerbe, die von der günstigen Arbeitsmarktentwicklung für Facharbeiter in den alten Bundesländern profitieren konnten. Lediglich bei dieser Gruppe ist im Vergleich zu 1990 die Lebenszufriedenheit gestiegen (vgl. Graphik 4). Ursache hierfür ist in erster Linie der deutlich höhere Anstieg der Erwerbs-

einkommen, was sich auch in einer Steigerung der Zufriedenheit mit dem Lebensstandard niederschlägt. Für diesen materiellen Vorteil müssen allerdings zum Teil erhebliche Pendlerwege in Kauf genommen werden.

Auch die Arbeitskräfte, die ihre Stelle innerhalb des Beitrittsgebietes wechseln konnten, bewerten das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes deutlich geringer als im Jahr zuvor. In dieser Gruppe sind ebenfalls überwiegend jüngere Männer aus dem Produktionsbereich zu finden. In ihrem subjektiven

Wohlbefinden unterscheiden sie sich allerdings nicht vom Durchschnitt der ostdeutschen Bevölkerung.

Deutlich unzufriedener mit ihrem Leben sind dagegen die arbeitslos Gemeldeten und die Kurzarbeiter. Durch den Verlust ihres Arbeitsplatzes müssen sie finanzielle Einbußen hinnehmen, die sie zunächst an der allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards wenig teilnehmen lassen.

Verdrängung der Frauen aus der Erwerbstätigkeit - Wechsel der Männer in Handels- und Büroberufe

Für die Berufsstruktur in den neuen Bundesländern hat der Transformationsprozeß tiefgreifende Folgen. In allen Wirtschaftsbereichen und Berufsgruppen sind Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen und eher aus dem Erwerbsleben ausgeschieden. Dabei ist ein freiwilliger Rückzug mit den Daten des Sozio-ökonomischen Panels nicht nachweisbar: die überwiegende Mehrzahl der arbeitslosen Frauen bekundet den Wunsch, wieder ins Erwerbsleben zurückzukehren. Dies ist zum einen durch die stärkere Erwerbsorientierung ostdeutscher Frauen, zum anderen aber auch durch die unsichere wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte begründet. Besonders jüngere Frauen werden durch die Verschlechterung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten benachteiligt und aus der Erwerbstätigkeit gedrängt. Männer haben dagegen generell bessere Chancen, ihren Arbeitsplatz zu erhalten oder eine neue Stelle zu finden. Be-

Graphik 4
Lebenszufriedenheit nach Erwerbsstatus 1991

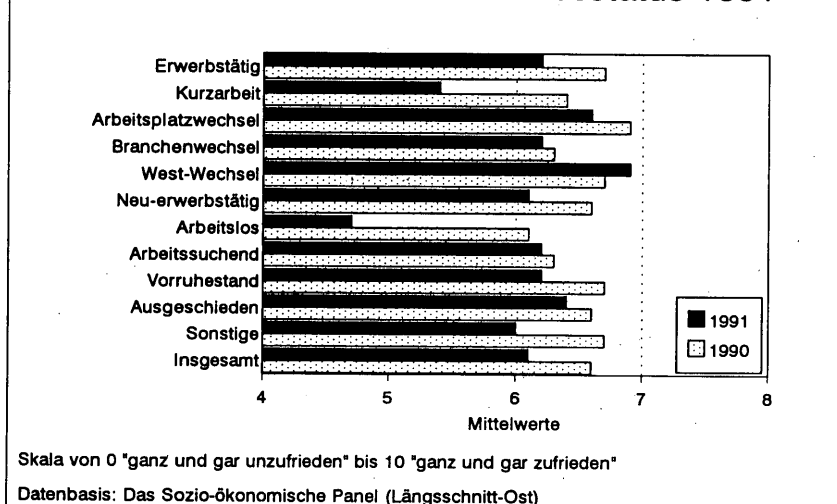


Tabelle 2: Berufliche Tätigkeit 1991 nach vorheriger Tätigkeit und Geschlecht

von 100 Erwerbstätigen 1991 ...	Bürokräfte		Handelsberufe		Dienstl. Berufe	
	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %	Männer %	Frauen %
waren bereits 1990 in diesem Beruf tätig	39,5	73,9	19,6	58,5	61,9	69,7
wechselten aus gütererzeugendem oder landw. Beruf	21,7	5,1	41,5	4,9	14,7	6,2
wechselten aus anderen Berufen	38,8	22,0	38,9	36,6	23,4	24,1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel (Längsschnitt-Ost)

merkenswert ist vor allem der große Zu-
strom von Männern aus güterverarbeiten-
den Berufen in Handels- und Büroberufe
(vgl. Tabelle 2). Dadurch hat sich bereits
der Frauenanteil in diesen Berufen deutlich
verringert (um 11% bzw. 5%).

**1992 keine Trendwende der Wirtschafts-
entwicklung erkennbar**

Eine Abschwächung der wirtschaftlichen
Krise in den neuen Bundesländern ist bis
Mitte 1992 nicht erkennbar, auch wenn die
Arbeitslosenzahl jahreszeitlich bedingt
leicht zurückgeht (vgl. Graphik 5). Der
sektorale Umbruch ist noch lange nicht
abgeschlossen, wobei der Dienstleistungs-

sektor auch weiterhin nur bedingt in der
Lage ist, die Beschäftigungsverluste in den
anderen Bereichen zu kompensieren. Eine
günstigere Entwicklung ergibt sich ledig-
lich im Baugewerbe, welche jedoch noch
nicht als Trendwende zu interpretieren ist.
Die Zahl der Ost-West-Pendler hat sich
mittlerweile auf ca. 540.000 (Daten des
Arbeitsmarktmonitors November 1991) er-
höht. Trotz leichter Abschwächung der kon-
junkturellen Entwicklung in den alten Bun-
desländern ist mit einem weiteren Anstieg
der Pendlerzahlen zu rechnen.

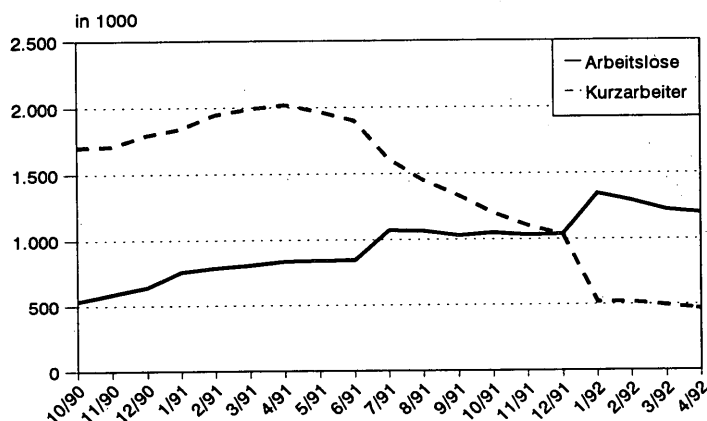
Aus dieser anhaltenden Entwicklung ergibt
sich eine zunehmende Differenzierung in-
nerhalb des Erwerbssystems der neuen Bun-

desländer. Während vor allem im Handel,
im privaten Dienstleistungsbereich und in
den für den wirtschaftlichen Aufschwung
notwendigen Infrastrukturbranchen (spezi-
ell im Baugewerbe) allmählich eine posi-
tivere Entwicklung zu erwarten ist, werden
im verarbeitenden Gewerbe und im Land-
wirtschaftssektor weiterhin massiv Arbeits-
plätze abgebaut. Verlierer des Umbaupro-
zesses sind vor allem die älteren Erwerbstä-
tigen im primären und sekundären Sektor,
die sich einer Entwertung ihrer Berufser-
fahrungen ausgesetzt sehen und aufgrund
ihres Alters kaum Chancen zu einem Be-
rufswechsel haben.

Ohne die Schaffung einer leistungsfähigen
Wirtschaftsstruktur wird der Weg nach
Westen für die ehemaligen DDR-Bürger
weiterhin die einzige Möglichkeit bleiben,
die im Grundgesetz verbrieft Gleichheit
der Lebensbedingungen zu erlangen. Die
bisherige Strukturentwicklung in den neu-
en Bundesländern, speziell der bereits er-
kennbare Tertiarisierungsprozeß, ist aller-
dings mehr vom Verfall als vom Aufbau
geprägt.

Wolfgang Meyer
Universität Mannheim
(Tel.: 0621/292-3189)

**Graphik 5
Arbeitsmarktentwicklung von Oktober 1990 bis April 1992**



Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit

Datenreport 1992

Sozialdaten für das wiedervereinigte Deutschland

Gerade erschienen ist der Datenreport 1992, der vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim herausgegeben wurde. Der Datenreport 1992 ist bereits die fünfte Ausgabe des Datenreports seit dem Jahr 1983. Er ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Statistischen Bundesamt und der wissenschaftlichen Sozialberichterstattung. Die Zusammenarbeit von amtlicher Statistik und empirischer Sozialforschung hat sich erstmals im Datenreport 1985 niedergeschlagen. Die spezifische Arbeitsteilung, die dabei gefunden wurde, hat sich - das zeigen auch die Ausgaben von 1987 und 1989 - bewährt.

Der Datenreport 1992 ist der erste nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1990. Er vermittelt einer breiten, interessierten Öffentlichkeit ein differenziertes Bild von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland und analysiert die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden der Bevölkerung.

Mit allgemeinverständlichen Texten, übersichtlichen Tabellen und anschaulichen Graphiken informiert der Datenreport 1992 einerseits über den gesellschaftlichen Wandel in der Bundesrepublik. Andererseits steht der Ost-West-Vergleich im Mittelpunkt der Berichterstattung. In der gegenwärtigen Situation des Zusammenwachsens der beiden deutschen Teilgesellschaften richtet sich die Aufmerksamkeit in besonderem Maße auf die in vielerlei Hinsicht noch bestehenden und sich nur langsam verringern den Unterschiede und Diskrepanzen zwischen dem früheren Bundesgebiet und den fünf neuen Bundesländern. Das gilt für die materiellen Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden genauso wie für viele Verhaltensstrukturen, Einstellungen und Wertorientierungen der jeweiligen Bevölkerung.

Gesellschaftliche Differenzierung, Individualisierung, Wachstum der Staatsfunktionen sowie zunehmende Privatisierung und Anonymität sind Kennzeichen moderner

Gesellschaften, die den Bedarf an Daten über Zustand und Wandel der Gesellschaft verstärken. Je vollständiger und genauer die Informationen sind, um so eher können politische Fehlentscheidungen vermieden und kann ein Konsens im Entscheidungsprozeß gefunden werden.

Die statistischen Ämter sind seit langem die wichtigsten Produzenten von Grunddaten über die vielfältigsten Aspekte des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Deutschland. Neben der großen Breite an Fragestellungen, für die die amtliche Statistik Informationen zur Verfügung stellt, liegt ihre besondere Stärke im Umfang und der Kontinuität ihrer Erhebungen. Nur eine solche Basis erlaubt präzise Aussagen über kleine Teilgruppen der Bevölkerung sowie langfristige Entwicklungen.

Die amtliche Statistik ist ein Teil der Staatsverwaltung. Dieser Umstand kommt am deutlichsten darin zum Ausdruck, daß viele ihrer Statistiken eine Art Buchhaltung des Regierungs- und Verwaltungsgeschehens darstellen. Die Kategorien, die sie verwendet, sind oft durch das Rechtssystem definiert, die Datenerfassung selbst durch Gesetze angeordnet. Das hat eine Dominanz wirtschaftlicher Sachverhalte sowie eine weitgehende Abstinenz von allem zur Folge, was mit Einstellungen und subjektiven Werthaltungen der Bevölkerung zu tun hat.

Deshalb beschränkt sich die amtliche Statistik im ersten Teil des Datenreports 1992 weitgehend auf die Darstellung objektiver Tatbestände. Die empirische Sozialforschung ergänzt diese Informationen im zweiten Teil um die Themen, die die amtliche Statistik nicht aufgreifen kann, weil sie bei der Erfassung der privaten Lebensbereiche Zurückhaltung übt. Dabei geht es beispielsweise um die Untersuchung der sozialen Beziehungen in Familien und privaten Netzwerken, das Verhältnis zwischen Bundesbürgern und Ausländern, die Auffassungen über die Arbeitsteilung von Männern und Frauen in Beruf und Familie oder die Analyse von religiösen Einstellungen und politischen Orientierungen.

Obwohl die amtliche Statistik zweifellos die Hauptlast der Bereitstellung von Infor-

mationen über die Gesellschaft zu tragen hat, ist gerade unter den außergewöhnlichen Umständen der deutschen Wiedervereinigung deutlich geworden, wie wichtig und unverzichtbar eine leistungsfähige empirische Sozialforschung für eine aktuelle und differenzierte Sozialberichterstattung wie den Datenreport 1992 ist. Die sozialwissenschaftliche Umfrageforschung stellt nicht nur Informationen zu Themen und Fragestellungen bereit, die außerhalb des Erhebungsprogramms der amtlichen Statistik liegen, sondern sie kann mit ihrem methodischen Instrumentarium auch häufig schneller und flexibler auf veränderte Bedingungen und Informationsanforderungen reagieren und ihr Erhebungsprogramm den spezifischen Umständen anpassen.

Der Datenreport 1992 stellt - wie die früheren Ausgaben auch - einen gelungenen Versuch dar, Ergebnisse der amtlichen Statistik und Erkenntnisse der empirischen Sozialforschung in einer kompakten Übersicht zu vereinen. Das Ergebnis ist ein informationsreicher Sozialbericht für das wiedervereinigte Deutschland.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim: Datenreport 1992. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 309) ISBN 3-89331-132-7, ISSN 0435-7604. Eine Buchhandelsausgabe besorgt der Verlag Bonn Aktuell, München.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)

Steigendes Scheidungsrisiko in Ost und West

Zur Entwicklung der Ehestabilität in Deutschland

Ein größer werdender Anteil der Bevölkerung definiert die Institution der Ehe nicht mehr als lebenslange Schicksalsgemeinschaft, sondern als langfristige Partnerschaft. Gleichzeitig wird sie immer weniger als einzig legitime Lebensform anerkannt, sondern in zunehmendem Maße als eine Wahlmöglichkeit unter verschiedenen alternativen Lebensformen angesehen. Damit sinkt auch das Bemühen, eine einmal geschlossene Ehe unter allen Umständen aufrechtzuerhalten und es wächst die Bereitschaft, sie wieder aufzulösen, wenn zentrale Erwartungen an die Ehe nicht mehr erfüllt werden. Sichtbar wird der Bedeutungswandel der Ehe unter anderem durch die zunehmende Scheidungshäufigkeit. Die Ehe als Institution wird grundsätzlich allerdings nach wie vor nur von einer Minderheit der Bevölkerung in Frage gestellt.

Der vorliegende Beitrag behandelt ausgewählte Fragestellungen der Dauerhaftigkeit von Ehen. Zum einen wird danach gefragt, wie sich in der Bundesrepublik die Ehestabilität im Zeitablauf verändert hat. Dazu werden die vorliegenden Querschnittdaten der amtlichen Statistik über Eheschließungen und Ehescheidungen zu Längsschnittinformationen für einzelne Heiratsjahrgänge kombiniert. Zum zweiten werden auf der empirischen Grundlage der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS Basisumfrage 1991 in Gesamtdeutschland) die Unterschiede in der Ehestabilität zwischen dem

früheren Bundesgebiet und den fünf neuen Bundesländern herausgearbeitet. Drittens schließlich werden beide Fragestellungen miteinander verknüpft und es wird untersucht, ob die historische Entwicklung der Ehestabilität in beiden deutschen Staaten nach dem gleichen Grundmuster verläuft.

Geringere Ehestabilität bei den jüngeren Heiratsjahrgängen

Die Ehestabilität der einzelnen aufeinanderfolgenden Heiratsjahrgänge nimmt in der Bundesrepublik seit Beginn der sechziger Jahre stetig ab (vgl. Graphik 1). Von den

im Jahr 1962 geschlossenen Ehen wurden innerhalb der ersten fünfzehn Ehejahre zwölf Prozent wieder geschieden. Dieser Anteil stieg dann bis zum Heiratsjahrgang 1974 kontinuierlich auf fast 21 Prozent an. Das bedeutet konkret, daß sich innerhalb eines Zeitraums von nur dreizehn Jahren der Anteil der geschiedenen Ehen eines Heiratsjahrgangs fast verdoppelt hat.

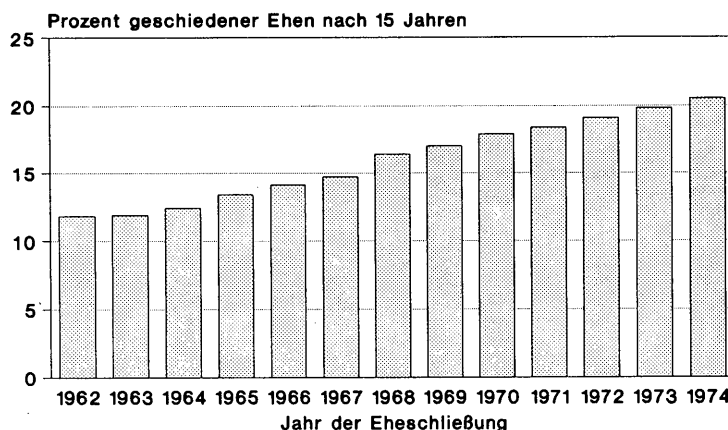
Betrachtet man die „Absterbeordnungen“ der verschiedenen Heiratsjahrgänge, dann zeigt sich als Grundmuster immer ein schwach ausgeprägter umgekehrt S-förmiger Verlauf der einzelnen Kurven (vgl. Graphik 2). Der Anteil der „überlebenden“ d.h. der nicht geschiedenen Ehen eines Heiratsjahrgangs geht während der jeweils ersten fünfzehn Ehejahre zunächst nur leicht, dann stärker und schließlich wieder etwas schwächer zurück. Der im Vergleich zur Scheidung seltener auftretende Tatbestand der Auflösung von Ehen durch den Tod eines Partners mußte hierbei aufgrund fehlender Daten vernachlässigt werden.

Die zunehmend geringere Ehestabilität der jüngeren Heiratsjahrgänge wird durch den immer steileren Verlauf der Kurven deutlich. Die insbesondere in den Scheidungsverläufen der beiden Heiratsjahrgänge 1968 und 1974 nach unterschiedlicher Ehedauer sichtbar werdende Unregelmäßigkeit ist eine Folge des „Ersten Gesetzes zur Reform des Ehe- und Familienrechts“, das zum 1. Juli 1977 in Kraft trat und vor allem im Jahr 1978 einen vorübergehenden Aufschub von Scheidungen zur Folge hatte.

Höheres Scheidungsrisiko in der ehemaligen DDR

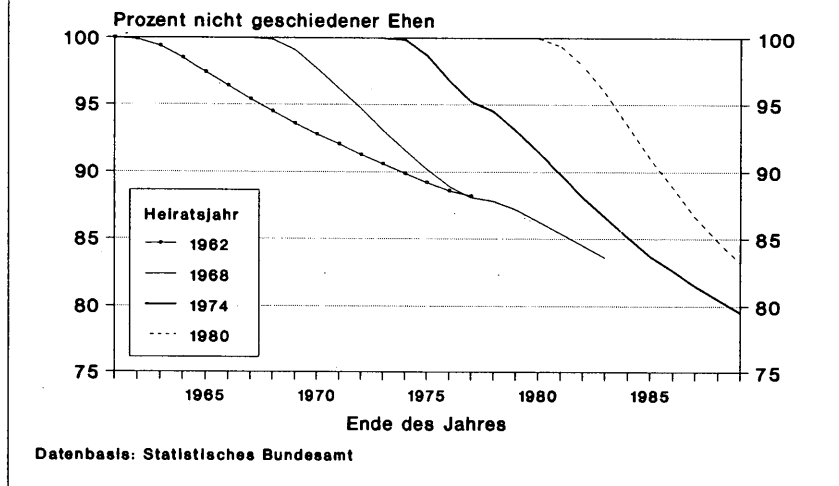
Sowohl die politischen Systeme als auch die Wirtschaftsordnungen beider deutscher Staaten wiesen fundamentale Unterschiede auf. Daraus ergaben sich unter anderem auch unterschiedliche Auswirkungen auf die Stabilität der geschlossenen Ehen. In ideologischer sowie normativ-rechtlicher Hinsicht wurde die Institution der Ehe in der Bundesrepublik Deutschland in größerem Umfang gefördert und geschützt als in der ehemaligen DDR. Im gesellschaftlichen Leben und insbesondere in der Arbeitswelt war die Emanzipation der Frauen in der DDR im Vergleich zur Bundesrepublik weiter fortgeschritten. Beide Tatbestände bewirkten neben anderen Faktoren, daß in der ehemaligen DDR Ehen häufiger wieder geschieden wurden als in der Bundesrepublik Deutschland. Das belegen be-

Graphik 1
Ehestabilität einzelner Heiratsjahrgänge
in der Bundesrepublik Deutschland



Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Graphik 2
Ehestabilität im Zeitverlauf in
der Bundesrepublik Deutschland



reits die im Vergleich zur Bundesrepublik wesentlich höheren Scheidungsquoten in der DDR (vgl. Tabelle 1).

Streng genommen kann die Hypothese des höheren Scheidungsrisikos in der ehemaligen DDR mit diesen Querschnittsdaten der amtlichen Statistik methodisch nur unzureichend überprüft werden. Zu einer angemessenen Überprüfung bedarf es Längsschnittinformationen, die für die ehemalige DDR nicht vorliegen bzw. aus den vorliegenden Zahlen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik nicht berechnet werden können. Bessere Möglichkeiten in dieser Hinsicht bietet die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, die im Jahr 1991 als ALLBUS Basisumfrage erstmals auch in den fünf neuen Bundesländern durchgeführt wurde.

In der ALLBUS Basisumfrage 1991 zeigen sich bereits beim aktuellen Familienstand der Befragten zum Teil beträchtliche Unterschiede zwischen Ost und West. Berücksichtigt man nur die Befragten mit vollständigen Angaben zur Entwicklung ihres Familienstandes, dann wird mit 24 Prozent gegenüber vierzehn Prozent der Anteil lediger Personen im früheren Bundesgebiet wesentlich höher ausgewiesen als in den fünf neuen Bundesländern. Demgegenüber liegt der Anteil der Verheirateten im Westen mit 62 Prozent um rund neun Prozentpunkte niedriger als im Osten. Kaum

ein Unterschied besteht dagegen bei den Anteilen der verwitweten Personen. Von besonderem Interesse für die hier angesprochenen Fragestellungen ist jedoch der Unterschied beim Geschiedenenanteil, der im früheren Bundesgebiet fünf Prozent und in den neuen Bundesländern acht Prozent beträgt.

Wiederverheiratung im Osten häufiger

Die Verteilung der Befragten nach dem gegenwärtigen Familienstand resultiert aus der Aggregation der mehr oder weniger komplexen individuellen Verläufe. Da in der ALLBUS Basisumfrage 1991 retrospektiv die vollständige Biographie des Famili-

enstandes mit Angaben über Zeitpunkt und Dauer nicht nur der gegenwärtigen sondern gegebenenfalls auch der früheren Ehen erhoben wurde, kann eine differenzierte Kategorisierung der Befragten nach ihrer Familienstandsbiographie vorgenommen werden (vgl. Graphik 3).

Im früheren Bundesgebiet sind oder waren vier Prozent und in den fünf neuen Bundesländern sogar acht Prozent der Befragten mehr als einmal verheiratet (Kat. 4 bis 9, 11 bis 16). Dabei entfallen im Osten mehr und im Westen etwas weniger als die Hälfte der jeweiligen Anteile auf Befragte, die einmal geschieden wurden und jetzt verheiratet sind (Kat. 11). Die Anteile der Befragten, die bereits die Erfahrung einer Scheidung gemacht haben, liegen deshalb auch deutlich über den Anteilen, die als gegenwärtigen Familienstand geschieden angegeben haben. Im Westen wurden acht Prozent und im Osten vierzehn Prozent der Befragten mindestens einmal geschieden (Kat. 10 bis 16). Jeweils fast ein Prozent der Befragten haben sogar zwei oder mehr Scheidungen hinter sich gebracht (Kat 13 bis 16).

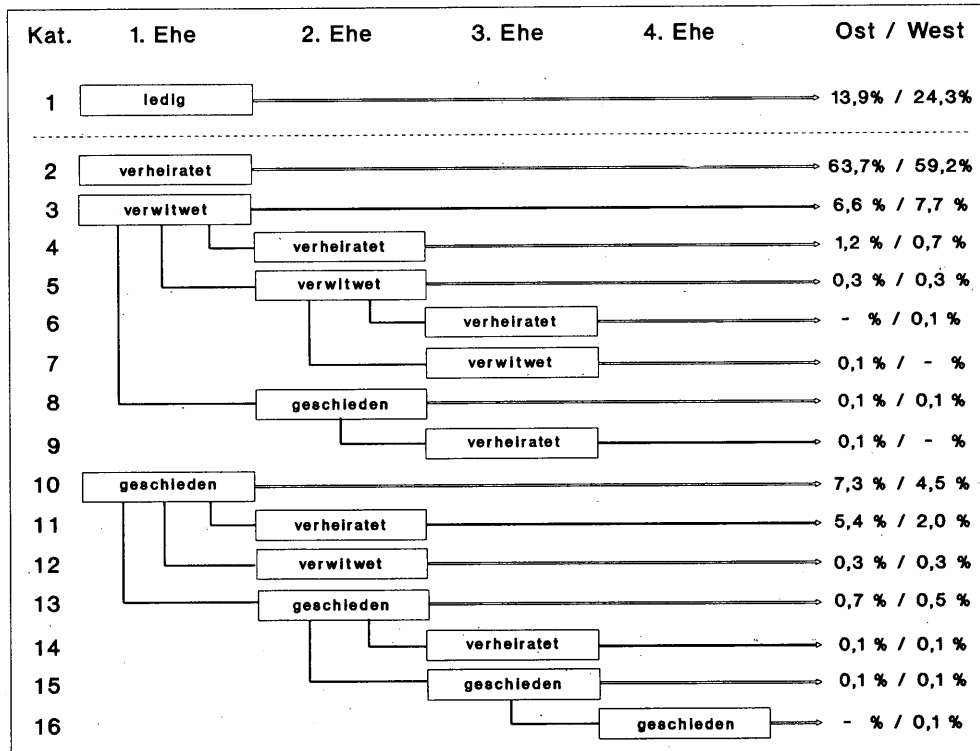
Im Vergleich zur Scheidung differieren bei der Verwitwung die Anteile derjenigen, die gegenwärtig verwitwet sind, von denjenigen, die diesen persönlichen Schicksalsschlag in ihrem Leben bereits irgendwann erfahren haben, kaum voneinander. Zum Zeitpunkt der Befragung im Frühsommer 1991 waren im früheren Bundesgebiet acht Prozent und in den fünf neuen Bundesländern sieben Prozent verwitwet (Kat. 3). Die leidvolle Erfahrung eines Verlusts des Ehepartners hatten allerdings im Westen schon etwas mehr und im Osten etwas weniger als neun Prozent der Befragten gemacht (Kat. 3 bis 9, 12).

Tabelle 1: Entwicklung der Ehescheidungsquoten in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR

	Zahl der Scheidungen je 10 000			
	Einwohner		bestehende Ehen	
	BRD	DDR	BRD	DDR
1950	16,9	27,1	67,5	109,0
1960	8,8	14,2	35,7	—
1970	12,6	16,1	50,9	63,9
1980	15,6	26,8	61,3	106,6
1985	21,0	30,8	86,1	125,1
1988	21,0	29,6	86,6	121,1
1989	20,4	30,1	84,6	122,8

Datenbasis: Statistisches Bundesamt

Graphik 3 Verteilung nach der Familienstandsbiographie



Datenbasis: ALLBUS Basisumfrage 1991

Zunahme der Instabilität von Ehen ein politische Systemgrenzen überschreitender gesellschaftlicher Trend

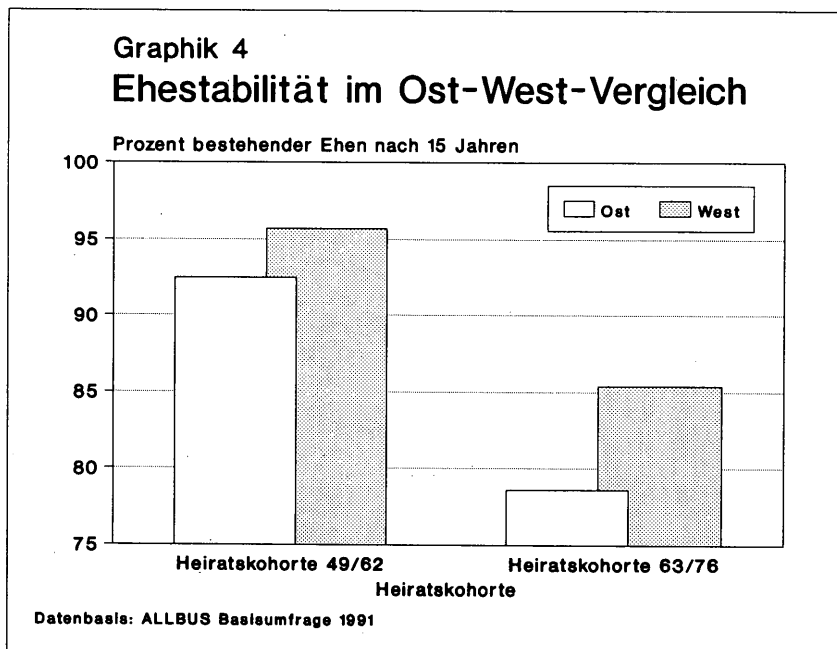
Ähnlich wie aus den Eheschließungs- und Scheidungszahlen der amtlichen Statistik lassen sich auch aus den Daten der ALLBUS Basisumfrage 1991 Längsschnittinformationen über die „Absterbeordnung“ der in einem bestimmten Zeitraum geschlossenen Ehen berechnen. Aufgrund zu kleiner Fallzahlen können hier allerdings keine einzelnen Heiratsjahrgänge analysiert werden, dafür ist aber ein Ost-West-Vergleich möglich. Berücksichtigt werden im vorliegenden Beitrag nur die Ersten von Befragten, die zwischen Januar 1949 und Juni 1976 geheiratet haben. Dadurch wird sichergestellt, daß die Ehen erstens im bereits geteilten Deutschland, d.h. unter verschiedenartigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, geschlossen wurden und zwei-

tens mindestens fünfzehn Jahre dem Scheidungsrisiko ausgesetzt waren.

Von den im genannten Zeitraum geschlossenen Ehen „überlebten“ im früheren Bundesgebiet zehn Prozent die ersten fünfzehn Ehejahre nicht. Dabei wurden acht Prozent der Ehen geschieden und zwei Prozent endeten durch den Tod eines Ehepartners. In den fünf neuen Bundesländern lag der Anteil der „überlebenden“ Ehen mit 85 Prozent um fünf Prozentpunkte niedriger. Dieser Unterschied ist ausschließlich auf die höhere Scheidungsquote von dreizehn Prozent zurückzuführen. Sowohl im Osten als auch im Westen zeigt die „Absterbeordnung“ den bereits bekannten umgekehrt S-förmigen Verlauf. Die Ehen im Osten wurden aber nicht nur häufiger, sondern auch schneller geschieden als im Westen. Die durchschnittliche Ehedauer der zwischen 1949 und 1976 geschlossenen und

innerhalb von fünfzehn Ehejahren wieder geschiedenen Ehen betrug in der früheren Bundesrepublik 7,9 Jahre und in der ehemaligen DDR 7,3 Jahre. Damit bestätigen die Daten der ALLBUS Basisumfrage 1991 die Hypothese der geringeren Ehestabilität in der ehemaligen DDR.

Noch nicht beantwortet werden kann damit allerdings die Frage, ob in der ehemaligen DDR ebenso wie in der früheren Bundesrepublik die Scheidungshäufigkeit im Zeitverlauf zugenommen hat. Dazu bedarf es einer zusätzlichen Differenzierung der Analysen nach dem Zeitpunkt der Eheschließung der Befragten (vgl. Graphik 4). Bereits eine einfache Zweiteilung des interessierenden Zeitraums der Eheschließung macht deutlich, daß die zunehmende Instabilität von Ehen ein politische Systemgrenzen überschreitender gesellschaftlicher Trend war bzw. ist.



1974 (vgl. nochmals Graphik 2), für die noch keine vollständigen Angaben über die ersten fünfzehn Ehejahre vorliegen können, deuten sehr stark darauf hin, daß sich der Trend der zunehmenden Instabilität von Ehen auch zukünftig fortsetzen wird.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)

Von den zwischen 1949 und 1962 geschlossenen Ersten bestanden nach fünfzehnjähriger Ehedauer im Westen noch knapp 96 Prozent und im Osten noch 93 Prozent. Dagegen fällt bei den Befragten, die zwischen Januar 1963 und Juni 1976 geheiratet haben, der Unterschied in der Ehestabilität zwischen Ost und West deutlicher aus. Während in der früheren Bundesrepublik zwölf Prozent der in diesem Zeitraum geschlossenen Ehen innerhalb der ersten fünfzehn Ehejahre wieder geschieden wurden, waren es in der ehemaligen DDR zwanzig Prozent. Berücksichtigt man zudem noch das allerdings jeweils relativ geringe Verwitwungsrisiko, dann „überlebten“ im Westen nur 85 Prozent und im Osten sogar nur 79 Prozent der zwischen 1963 und 1976 geschlossenen Ersten die ersten fünfzehn Ehejahre.

Scheidungsrisiko auch zukünftig steigend?

Die auf der Grundlage der amtlichen Statistik sowie der Daten der ALLBUS Basisumfrage 1991 berechneten „Absterbeordnungen“ zeigen, daß die Instabilität von Ehen im Zeitablauf zugenommen hat. Dieser Tatbestand trifft für die frühere Bundesrepublik und die ehemalige DDR gleichermaßen zu. Die im Vergleich zu den hier analysierten Heiratsjahrgängen steiler absinkenden Kurven des Anteils nicht geschiedener Ehen der Heiratsjahrgänge nach

Workshop

Kommunale Sozialberichterstattung

29. bis 30. Oktober 1992

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Mannheim
Abteilung Soziale Indikatoren

Die Ziele der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung werden inzwischen nicht nur auf der gesamtgesellschaftlichen sondern auch auf der lokalen und kommunalen Ebene verfolgt. In verschiedenen Städten wurden Konzepte einer kommunalen Sozialberichterstattung entwickelt und in diesem Rahmen z.T. auch spezielle auf die Messung der Lebensqualität ausgerichtete Bürgerbefragungen durchgeführt. Diese Ansätze sind in der Wissenschaft, aber mehr noch bei Kommunen, die vor der Aufgabe stehen, eigene Informations- und Berichtssysteme aufzubauen, auf großes Interesse gestoßen.

Der Workshop soll Interessenten aus Praxis und Wissenschaft Gelegenheit bieten, sich mit dem gegenwärtigen Stand der kommunalen Sozialberichterstattung, den methodischen Verfahren und den zu erwartenden Resultaten vertraut zu machen und auf der Basis der vorliegenden Erfahrung deren Anwendungsmöglichkeiten und weitere Entwicklungsperspektiven zu erörtern. Als Referenten werden dazu neben Vertretern der Sozialindikatorenforschung und akademischen Sozialberichterstattung auch Experten verschiedener kommunaler Institutionen eingeladen.

Interessenten werden gebeten, sich bis 15. September bei ZUMA, Tagungssekretariat (Tel.: 0621/18004-43) anzumelden. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von 80 DM erhoben. Der Workshop wird von Heinz-Herbert Noll und Erich Wiegand vorbereitet und betreut.

Die zweite französische Revolution

Eine Studie zum sozialen Wandel in Frankreich

Studien französischer Sozialwissenschaftler über das heutige Frankreich haben hierzulande - wohl vor allem wegen der Sprachbarriere - nach wie vor nur einen geringen Bekanntheitsgrad. Das 1991 in englischer Übersetzung erschienene Buch „Social Change in Modern France“ von Henri Mendras - Professor für Soziologie am Institut für Politische Studien, Paris - scheint daher geeignet, nicht nur in der englischsprachigen Welt, sondern auch in Deutschland zum Abbau eines immer noch beachtlichen Informationsdefizits beizutragen. Das Buch, das in seiner englischen Ausgabe in Koautorenschaft mit Alistair Cole publiziert wurde, vermittelt einen empirisch gestützten, umfassenden Überblick über Struktur und Wandel der französischen Gesellschaft seit dem zweiten Weltkrieg und zeigt zugleich die Konturen der weiteren Entwicklung des modernen Frankreichs auf, wie es sich kurz vor der Jahrtausendwende präsentiert.

Mendras zentrale These ist die einer „zweiten französischen Revolution“, die der von 1789 in ihren Auswirkungen nicht nachstehend, die gesellschaftlichen Strukturen im Verlauf der vergangenen 35 Jahre grundlegend transformiert habe. Bestandteile des radikalen Wandels sieht Mendras unter anderem in dem einzigartigen Wachstum von Einkommen und Vermögen, der Expansion der Dienstleistungswirtschaft, der vollständigen Rekonstruktion der Klassenstrukturen sowie nicht zuletzt auch in der Diffusion urbaner Lebensformen in die das Bild Frankreichs früher prägenden ländlichen Regionen. Als den Kern des Wandels betrachtet Mendras jedoch die radikale Transformation der großen nationalen Institutionen: der Armee, der Kirche, der Schule und der Republik. Diese Institutionen - ehemals sämtlich umstritten und Gegenstand von heftigen Kontroversen und die Gesellschaft spaltenden Konflikten - haben ihren symbolischen und ideologischen Charakter weitgehend verloren und stoßen heute auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Mendras sieht verschiedene Anhaltspunkte dafür, daß in der Mitte der sechziger Jahre eine Trendwende in wesentlichen demographischen und ökonomischen Entwicklungen einsetzte. Dabei erscheinen die Er-

eignisse des Mai 1968 weniger als Auslöser denn als symbolischer Ausdruck von strukturellen Veränderungen, die bereits früher eingesetzt hatten.

Der erste Teil des Buches - „the breaking-up of traditional class structures“ beschreibt den Bedeutungsverlust der Bourgeoisie, der Bauern- und der Arbeiterschaft als traditionelle soziale Klassen und umreißt die Entstehung einer neuen, kosmographischen Struktur der Gesellschaft, die die alte pyramidale Struktur abgelöst hat und die durch die Dominanz einer „zentralen Konstellation“ charakterisiert ist. Als „zentrale Konstellation“ bezeichnet Mendras eine in sich nach Einkommen, Bildung und Lebensstilen heterogene Mittelschicht, die die moderne französische Gesellschaft in vielerlei Hinsicht prägt. Von hier, der Mitte - und nicht mehr von den Rändern - gehen heute in erster Linie Anstöße für Innovationen und sozialen Wandel aus. Den Kern der zentralen Konstellation bilden die „cadres“, die Inhaber der Positionen des mittleren und oberen Managements in der privaten Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung, aber es gehören ihr darüber hinaus auch Ingenieure und Techniker, Beamte, Lehrer und sonstige qualifizierte Dienstleistungsberufe an.

Im zweiten Teil der Studie, „the demystification of the great national institutions“ analysiert Mendras den Wandel der großen nationalen Institutionen, aber auch den Bedeutungsverlust der Gewerkschaften und der kommunistischen Partei als den traditionellen Organisationen der Arbeiterklasse. Teil III „the stages of life“ beschreibt den Wandel familiärer Strukturen, die entgegen anderslautenden Behauptungen - zunehmende Bedeutung verwandtschaftlicher Bindungen sowie die Veränderung von Geschlechtsrollen und der Geschlechterbeziehungen. Gesondert betrachtet werden hier zudem die Altersgruppen der „Jungen“ und der „Alten“ in ihrem sich wandelnden „strukturellen Gewicht“ und ihren veränderten Rollen und Lebensstilen. Der abschließende vierte Teil „a new civilization“ umfaßt Kapitel über die auch in Frankreich zu beobachtende Diversifizierung der Lebensstile, die hegemoniale Ausbreitung

der Mittelschichtkultur, sowie den tiefgreifenden Wandel moralischer Werte. Einen beherrschenden Trend sieht Mendras dabei in einem nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Prozeß der Individualisierung.

Bei vielen der von Mendras beschriebenen Entwicklungen handelt es sich um Trends des sozialen Wandels, die auch in anderen modernen Gesellschaften zu beobachten sind. Dennoch wird deutlich, worin die Eigenarten der französischen Gesellschaft bestehen und was die Besonderheiten ihrer Entwicklung ausmacht. Mendras zeichnet in seinem Buch ein optimistisches, aber sicher nicht unrealistisches Bild des modernen Frankreichs als einer Gesellschaft, die sich durch zunehmende Heterogenität und Vielfalt, aber zugleich auch durch gestiegene Stabilität und wachsenden Konsens auszeichnet.

Diese differenzierte Analyse der Sozialstruktur und des sozialen Wandels ist jedem zu empfehlen, der sich auf der Basis aktueller sozialwissenschaftlicher Befunde aus erster Hand über Frankreich informieren will.

Henri Mendras with Alistair Cole: Social Change in Modern France. Towards a Cultural Anthropology of the Fifth Republic. Cambridge (Cambridge University Press); Paris (Editions De La Maison Des Sciences De L'Homme) 1991. 254 Seiten. ISBN 052139998x, ca. 30 DM (paperback). ISBN 0521391083, ca. 100 DM (hardback).

Heinz-Herbert Noll
(0621-18004-48)

Sozialer Umbruch in Ostdeutschland

Jahrestagung der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“

Siebzig Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen aus den alten und neuen Bundesländern trafen sich vom 23.-25. Januar 1992 zur Jahrestagung der DGS-Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ in der Gustav-Heinemann-Akademie in Freudenberg bei Siegen. Die Konferenz stand unter dem Thema „Deutsche Vereinigung und Wandel der Sozialstruktur“ und wurde von Rainer Geißler (Universität-GHS Siegen) in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung organisiert. Die Tagung machte deutlich, daß die Sozialstrukturforschung die große Herausforderung, die radikalen Veränderungen in Ostdeutschland wissenschaftlich zu beobachten, angenommen hat. Vierzehn Soziologinnen und Soziologen aus Ost und West stellten neueste Forschungsergebnisse zu den sozialen Umbrüchen in den fünf neuen Bundesländern zur Diskussion. Kennzeichnend für die Konferenz war die Vielfalt von theoretischen und methodischen Ansätzen.

In den drei ersten Referaten wurden allgemeine Entwicklungstendenzen unter verschiedenen Blickwinkeln analysiert. Manfred Lötsch (früher Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Berlin-Ost) wies in seinem Beitrag „Sozialstruktur und Systemtransformation“ auf die neu entstehenden sozialen Ungleichheiten innerhalb der fünf neuen Bundesländer und auf den Grundkonflikt zwischen Ost- und Westdeutschland hin. Diese neuen sozialen Differenzierungen ließen über einen längeren Zeitraum hinweg eine Zunahme sozialer Spannungen erwarten, vor allem weil die neuen Ungleichheiten auf vergleichsweise egalitäre Einstellungen in der ostdeutschen Bevölkerung stießen und mit dem traditionellen Rechtfertigungsmodell der ungleichen Leistungen nur unzureichend legitimiert werden könnten. Aus dem Blickwinkel einer politischen Soziologie der sozialen Ungleichheit referierte Reinhard Kreckel (Universität Erlangen-Nürnberg) über „Geteilte Ungleichheit im vereinten Deutschland“ und stellte die Majorisierung der Ostdeutschen durch die Westdeutschen, ihre strukturelle „kollektive Herabsetzung“ heraus. Rainer Geißler (Universität-GHS

Siegen) beschrieb die Transformation aus einer vergleichenden Perspektive als Anpassung der ostdeutschen Sozialstruktur an das westdeutsche Muster. Diese Anpassung sei in der Regel gleichbedeutend mit Modernisierung, beim Schrumpfen des Gleichstellungsvorsprungs der ostdeutschen Frauen bedeute sie jedoch auch Demodernisierung.

Die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (Ost) waren die Basis des Beitrags von Stefan Bender und Wolfgang Meyer (Universität Mannheim) zum Thema „Individuelle Arbeitsmarktchancen und berufliche Anforderungen im Transformationsprozeß“, in dem die Gewinner und Verlierer der rasanten Arbeitsmarktdynamik sichtbar gemacht wurden. In drei empirischen Lokal- bzw. Regionalstudien standen jeweils spezifische Aspekte des sozialstrukturellen Umbruchs im Zentrum. Helmut Berking und Sighard Neckel (FU Berlin) arbeiteten am Fallbeispiel einer brandenburgischen Mittelstadt die neuen Konfliktlinien im kommunalen Bereich heraus - die Gegensätze zwischen den ehemaligen „Dissidenten“ in der neuen politischen Kommunalelite und den alten SED-Kadern in den Führungspositionen der Wirtschaftsbetriebe sowie die gemeinsame Front der neuen und alten ostdeutschen Führungskräfte gegen die Überlegenheitsansprüche von Westexperten. Die Auswirkungen des Sozialismus und seines Zusammenbruchs auf die Arbeitermilieus in der sächsischen Braunkohleindustrie - die Enttraditionalisierung und Retraditionalisierung der Arbeiterschaft - waren Gegenstand des Beitrags von Michael Hofmann und Dieter Rink (Universität Leipzig). Kerstin Schweigel (Institut für Soziologie und Sozialpolitik, Berlin-Ost) untersuchte schließlich - unter Verwendung Bourdieuscher Kategorien - Entwicklung- und Modernisierungschancen am Beispiel des Landes Brandenburg.

Um die Auswirkungen des Wandels auf die sozialpolitischen Leistungen der ostdeutschen Betriebe ging es in dem Referat von Johann Behrens (Universität Bremen). Die unvollständige Datenlage vermittelt den Eindruck, als bestünden gravierende Unter-

schiede nach Betriebstypen hinsichtlich des Abbaus von alten und der Einführung von neuen Leistungen. Zwei weitere Beiträge befaßten sich mit den Problemen der (Wieder-)Entstehung eines leistungsfähigen Mittelstandes, der in der DDR so gut wie vernichtet worden war. Dieter Lindig und Gabriele Valerius (Berliner Institut für sozialwissenschaftliche Studien) arbeiteten auf der Basis von offiziellen Statistiken und ersten Ergebnissen einer eigenen Erhebung die großen Schwierigkeiten heraus, auf die die neuen Selbständigen in Ostdeutschland stoßen. Hans Dietrich (Universität Erlangen-Nürnberg) beleuchtete diese Probleme mit repräsentativen Daten des Arbeitsmarktmonitors der Bundesanstalt für Arbeit.

Ein Tagungsband wird - ergänzt durch zwei weitere Aufsätze zu den Ungleichheitsstrukturen in Ostdeutschland (Daten des BISS-Surveys) und zur Transformation der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften - im Herbst dieses Jahres im Verlag Leske und Buderich unter dem Titel „Sozialer Umbruch in Ostdeutschland“ erscheinen.

Rainer Geißler
Universität-GHS Siegen
(Tel.: 0271/740-4500)

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren
Postfach 12 21 55
D-6800 Mannheim
Telefon: (06 21) 1 80 04 - 0
Telefax: (06 21) 1 80 04 - 49

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:

Erich Wiegand

Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH
Maximilianstraße 31
6730 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten

ISSN 0935-218X